Nr. 91a. XXXIII. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 20. Februar 1904

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

23. Sitzung vom 19. Februar, 11 Uhr.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Dr. **v. Woyna** (freik.):

Die Herren von der Linken haben sich hier als Gesetzgeber erster Klasse aufgespielt. Aber sie scheinen doch ihren Beruf vollkommen verfehlt zu haben. Das zeigt doch, daß sie in dem Reichstage bei dem nach ihrer Ansicht idealsten Wahlrecht auch ihre Rolle ausgespielt haben. Ich verstehe es aber trotzdem nicht, wenn Sie immer noch die Ansicht vertreten, die Sozialdemokraten müßten hier im Hause vertreten sein. Ich glaube, dann würden Sie noch mehr zurückstreten. Ich freue mich, nach dieser scharfen Einleitung feststellen zu können, daß auch Sie (links) für eine gute Vorbildung der Handwerker eintreten. Ich halte aber weiter für erforderlich, daß gewerbliche Fachschulen errichtet werden, damit wir einen tüchtigen Stand von Kleinmeistern schaffen. Ich möchte zum Schluß aber den Minister bitten, für eine systematische und organische Ausbildung der technischen Winterschulen einzutreten. (Beifall rechts.)

Handelsminister **Möller**:

Ich bin durchaus nicht abgeneigt, für die Errichtung von technischen Winterschulen einzutreten. Ich hoffe, daß wir in zwei Jahren eine Reihe von technischen Winterschulen errichten können.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Wir sind keineswegs die besten Freunde der Sozialdemokratie, wie Herr v. Woyna meint. Es wurde allerdings der Gerechtigkeit entsprechen, wenn auch die Sozialdemokraten hier vertreten wären. Selbst Ihr Fraktionsgenosse Freiherr v. Zedlitz hat im „Tag" sich dahin ausgesprochen, daß hier im Hause Sozialdemokraten sitzen müßten.

Abg. **Trimborn** (Ctr.):

Von allen Parteien hat das Centrum am besten dem Ansturm der Sozialdemokratie widerstanden. Das ist doch der beste Beweis dafür, daß der Weg, den wir mit unserer Sozialpolitik gegangen sind, der richtige ist. Wir wissen sehr wohl, daß es ebenso notwendig ist, die Arbeitnehmer von der Gefährlichkeit der Sozialdemokratie zu überzeugen wie auch die Arbeitgeber von der Notwendigkeit einer gesunden, stetig fortschreitenden Sozialpolitik. Diese letztere Aufgabe ist besonders schwierig, schwerer als die erste. Ich möchte heute die Aufmerksamkeit des Handelsministeriums auf die bedauerliche Erscheinung des Aerztestreiks lenken. (Redner geht ausführlich auf den Kölner Aerztestreik ein.) Schließlich ist durch das Eingreifen des Regierungspräsidenten der Abschluß eines neuen Vertrages zwischen Aerzten und Krankenkassen ermöglicht worden. Die Gegensätze glimmen aber unter der Asche fort. Die Bevölkerung fragt sich: wer war im Recht? Es wäre vielleicht richtiger gewesen, der Regierungspräsident hätte früher eingegriffen. Ich möchte aber doch den Herrn Handelsminister fragen, welcher Einfluß den Behörden überhaupt zukommt, wie die Regierung über die Frage der freien Arztwahl denkt.

Handelsminister **Möller**:

Meine Verwaltung ist der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn die sehr bestrittene Frage, die der Herr Vorredner angeregt hat, bei der letzten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz verhandelt worden wäre. Die verbündeten Regierungen haben aber bei der damaligen Beratung alle strittigen Punkte ausgeschlossen, um den Arbeitern so bald wie möglich die Vorteile dieses Gesetzes zugänglich zu machen. Ganz gegen meinen Wunsch kam man zu dem Beschluß, daß man die Vorlage in der beschränkten Form vorlegte und später zur Verabschiedung brachte. Ich halte es mit dem Vorredner durchaus für erwünscht, daß die Aerztefrage geregelt wird. Den Kernpunkt bildet die Frage der freien Arztwahl. Ich habe als Abgeordneter stets die freie Arztwahl vertreten, stimme also dem Herrn Vorredner im wesentlichen bei. Ueberall aber wird es nicht möglich sein, die freie Arztwahl durchzuführen, vor allen Dingen bei Berufskrankheiten. Was den Kölner Aerztestreik anbelangt, so verkenne ich nicht, daß bei der ganzen Aktion schwere Fehler gemacht worden sind. Die Aerzte haben drei Monate vor dem ersten Januar gekündigt, es war also ausreichend Zeit da, um eine Verständigung anzubahnen. Diese ist aber damals nicht zu stande gekommen. Jetzt beschuldigt jede Partei die andere. Man hat nun behauptet, die Regierung hätte früher einschreiten müssen. Mit Zustimmung des Kultusministers werde ich einen Erlaß an die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten richten, daß der unbedingte Anspruch der Krankenkassenmitglieder auf ärztliche Behandlung zur wirksamen Anerkennung gelangt. In diesem Erlaß werde ich bestimmen, daß die Aufsichtsbehörde einzuschreiten hat, wenn die Krankenkassen nicht nachweisen, daß für genügende ärztliche Behandlung gesorgt ist. Die Ursache der Streitigkeiten liegt aber darin, daß man den Wunsch der Aerzte nicht erfüllt hat bei der letzten Novelle zum Krankenkassengesetz. Die Herren, die das Gesetz beschlossen haben, tragen hieran die Schuld. Die ganze Frage ist weniger eine Frage der Kassenvorstände, als vielmehr eine Frage der Kassenrendanten. Wenn es auf Wahrheit beruht, daß die Rendanten zum Teil ein Gehalt von 10,000 und 17,000 Mark beziehen, werde ich Veranlassung nehmen, einzuschreiten. Der Kölner Vorfall hat gezeigt, welch großes Vertrauen die Regierungspräsidenten gehabt haben. Was die Handwerkerfrage angeht, so hoffe ich, daß die Erörterung hier im Hause eine Klärung herbeiführen wird. Ich hoffe, im nächsten Jahre Kommissare nach Frankreich schicken zu können, die die Handwerkerfrage dort prüfen.

Abg. Dr. **Arendt** (freik.):

Ich spreche dem Herrn Minister den Dank meiner Freunde für seine Erklärung aus und für den Erlaß, den er in der Krankenkassenfrage an die Oberpräsidenten richten wird. Aus der Erklärung des Herrn Ministers klang heraus, daß er mit seiner Ansicht über die Aerztefrage anscheinend isoliert steht. Meine Freunde haben im vorigen Jahre den Kotau vor der Sozialdemokratie nicht gemacht; sie waren für eine Regelung der Aerztefrage in der neuesten Novelle. Das Centrum selbst hat die Novelle ja angenommen, es trägt also die Verantwortung für den heutigen Zustand. Ich glaube, die Aerztefrage hat eine größere Bedeutung, als man ihr zuerkannt. Es ist eine Wunde bloßgelegt, die zu lange verdeckt war. Die Herrschaft, die die Sozialdemokratie in den Krankenkassen erreicht hat, bildet die Wurzel des Uebels. Ich kann dem Herrn Minister nur zustimmen, wenn er eine Aenderung in der Organisation eintreten läßt. Der Abg. Fräßdorf erklärte im Reichstag, die Krankenkassen seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen; an der Grenze ihrer Leistungen sind sie jedoch nicht angekommen. Ich möchte aber den Minister bitten, dafür zu sorgen, daß die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge zahlen. Der Abg. Trimborn betonte, der beste Beweis für die Richtigkeit der Politik des Centrums sei, daß das Centrum ungeschwächt aus den Reichstagswahlen hervorgegangen sei. Das ist nicht richtig. Nirgends ist die Sozialdemokratie so angewachsen wie in den katholischen Bezirken. Was soll also dieses Lob für die eigene Partei? Wir wollen eine einheitliche Phalanx gegen die Sozialdemokratie bilden. Lassen wir also diese Plänkeleien! Dem Herrn Minister möchte ich aber das volle Vertrauen meiner Freunde aussprechen. Wir hoffen, daß er in der Aerztefrage seine Anschauung taktvoll vertreten und zur Durchführung bringen wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Felisch** (kons.):

Ich bin nicht der Ansicht, daß der Freisinn die Vorfrucht der Sozialdemokratie ist. Aber es gibt tatsächlich sehr wenig Unterscheidungsmerkmale zwischen Ihnen (links) und den Sozialdemokraten. In der Handwerkerfrage werden wir uns nie mit Ihnen einigen. Folgen Sie uns, dann werden Sie die Handwerker hinter sich haben!

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik., persönlich):

Herr Dr. Wiemer hat eine journalistische Aeußerung von mir citiert, aus der hervorgehen soll, daß ich wünsche, die Sozialdemokratie wäre hier im Hause vertreten. Das ist ein arges Mißverständnis. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß die Freisinnigen sich ein Verdienst erworben haben dadurch, daß sie die Sozialdemokraten von dem Landtage fern hielten. Ich habe im „Tag" nur ein Gespräch wiedergegeben, in dem ich sagte: Donnerwetter, wie langweilig ist die Sache jetzt im Landtag! Die Linke hat keinen Schneid! Wie schlecht ist sie geistig und sonst überhaupt im Landtage vertreten! (Heiterkeit.)

Abg. **Brömel** (fr. Vg.):

Der Herr Abgeordnete fühlt sich durch meine Rede getroffen. Erwar im Unrecht und wurde grob.

Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Vp.):

Dem Herrn Freiherrn v. Zedlitz möchte ich erwidern, daß ein ihm nahestehendes Organ nicht die Ansicht vertritt, daß die Linke im vorigen Landtag geistig schwach vertreten war.

Abg. **Hammer** (kons.):

Ich möchte meine Rede rechtfertigen. Der Abg. Brömel sprach gleich im Beginn seiner Rede von Mist und wieder von Mist. Darauf habe ich dann geantwortet. (Heiterkeit.)

Der Titel Ministergehalt wird bewilligt.

Ebenso eine Reihe von folgenden Titeln nach kurzen Bemerkungen des Abg. Arendt (freik.), der lokale Wünsche vorträgt.

Es folgt der Titel Staatskommissare an der Berliner Börse.

Abg. **Oeser** (fr. Vp.):

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses namens meiner Freunde auf die Vorgänge an der Berliner Börse aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges lenken. Die Vorgänge haben erschreckend das bewiesen, was wir stets hier ausgeführt haben. Die Vorgänge erfüllen uns mit den schwersten Besorgnissen für die Zukunft. Deshalb ist es Zeit, daß wir die bessernde Hand an die Gesetzgebung legen. Die Kurzstürze am 8. und 9. Februar sind in der Presse ausführlich erörtert worden. Es hat sich eine Diskussion über die Ursachen erhoben. Man hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der offiziösen Presse die Ansicht vertrat, als ob an einen Krieg nicht zu denken wäre. Die Regierung hat mithin in erheblichem Maße zur Verwirrung des Marktes beigetragen. Durch derartige Aeußerungen wird das Publikum der Selbstprüfung nicht entzogen. Wir müssen deshalb auf die inneren Ursachen, die in der Börsengesetzgebung und Besteuerung der Börsengeschäfte liegen, näher eingehen. In dem Verbot des Terminhandels, der hohen Besteuerung der Börsenumsätze liegt die Abschwächung der Berliner Börse. Nicht nur die Berliner Börse hat gelitten, sondern auch unsere mittleren Börsen. Die Folge des Verbots des Terminhandels sind die enormen Kursstürze um 10 und 20 Prozent, wie wir sie nie zur Zeit des Terminhandels gehabt haben. Das Verbot des Terminhandels hat nicht solide Verhältnisse auf dem Kassamarkte geschaffen. Eine wüste Spekulation ist durch das Verbot eingetreten, also gerade das, was man verhüten wollte. Unsere Börse kann nach der heutigen Gesetzgebung die volkswirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen, die sie erfüllen muß. Andere Staaten, die viel stärker beteiligt sind, an dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges, haben nicht die Kursstürze erlebt wie wir. Deutschlands Neutralität stand ja von vornherein fest. Auch in früheren Kriegen, zum Beispiel im spanisch-amerikanischen Kriege, hat sich unsere Börse nicht so schwach gezeigt wie jetzt. Die Börsengesetzgebung hat auch das Bedauerliche gezeigt, daß die Bankiers in kleineren und mittleren Städten vor allen Dingen schwer geschädigt werden, während die Position der großen Banken gestärkt wurde. Das Verbot des Terminhandels war ein Experiment. Wir dürfen nicht zusehen, wie unsere Geldmärkte von Jahr zu Jahr schwächer werden. Es ist deshalb höchste Zeit, unsere Börsengesetzgebung zu bessern. Das Börsengesetz hat zu Entscheidungen geführt, die unsere Volksmoral auf das schwerste schädigen. Der Herr Handelsminister hat hier erklärt, er sei für eine Revision des Börsengesetzes, die er für durchaus notwendig halte. Der Zolltarif ist erledigt. Ich weiß nicht, was die Regierung hindert, jetzt in eine Revision einzutreten. Wir verlangen auch die Aufhebung des Terminhandels, die Abschaffung der Börsenregister. Bis in die Reihe der Freikonservativen ist der Gedanke gedrungen, daß die Börsengesetzgebung vollständig verfehlt ist. Für unsere nationale Selbständigkeit ist es notwendig, daß wir auch auf dem Kapitalmarkt unabhängig von dem Ausland sind. Ich frage den Herrn Minister, warum die Novelle nicht an den Reichstag gekommen ist. Ich möchte ihn dringend bitten, daß er seinen Einfluß geltend macht, daß, solange es noch möglich ist, der Börse geholfen wird. Das ist im Interesse unserer gesamten Volkswirtschaft unbedingt notwendig.

Handelsminister **Möller**:

Ich kann selbstverständlich an dieser Stelle nicht eingehen auf den Inhalt der Novelle zum Börsengesetz, die demnächst dem Reichstage zugehen wird. Aber darüber kann ich den Herrn Vorredner beruhigen: was in der Thronrede angekündigt ist, wird erfolgen, und ich glaube, es kann weder die verbündeten Regierungen noch mich persönlich einer Nachlässigkeit zeihen, daß die Vorlage noch nicht eingebracht ist. Denn wer die Verhandlungen im Reichstage verfolgt hat, wird mit mir anerkennen müssen, daß bei der Stimmung im Reichstage, bei dem Pflichtgefühl, tunlichst den Etat trotz aller Reden erledigen zu wollen, daß dabei kein Raum für eine Börsengesetzdebatte gewesen ist. Ich hoffe, in nicht allzu ferner Zeit darauf hinzuwirken, daß die Vorlage nunmehr an den Reichstag geht, da jetzt abzusehen ist, daß der Etat rascher erledigt werden wird. Eine Reparatur von Treu und Glauben wird in der Novelle angestrebt werden. Ich kann aber keine Aussicht machen, daß eine Erweiterung des Terminhandels zugelassen wird. Ich möchte die Herren von der Börse bitten, zu nehmen, was im Augenblicke zu haben ist. Will man zu viel erlangen, so geht oder man alles. Diese Gedanken haben auch mich bewogen, meine Zustimmung zur Novelle zu geben. Der Abg. Oeser hat einen Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung angegriffen, der verwirrende Nachrichten über die Kriegsaussichten in Ostasien in das Volk getragen habe. Wenn der Korrespondent der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gut unterrichtet gewesen wäre, so würde es vermutlich der Kommandant von Port Arthur auch gewesen sein und hätte dafür gesorgt, daß die japanischen Torpedoboote ihn nicht überraschten. (Heiterkeit.)

Freiherr **v. Zedlitz** (freik.):

Ich kann heute hier nur meine eigene persönliche Meinung aussprechen, nicht die meiner Fraktion. Die letzten Vorgänge an der Börse haben gezeigt, daß unsere Börse einfach nicht funktionierte. Es ist ein Kurssturz eingetreten, ohne daß irgend welche Ursachen dazu vorhanden waren. Ein solcher unmotivierter Kurssturz ist etwas so Ernstes für unseren nationalen Wohlstand, daß wir alle Veranlassung haben, uns die Gründe, die dazu führten, klar zu machen. Es ist in diesen Tagen ein ungeheures nationales Vermögen verloren gegangen. Die völlige Ausscheidung jeder normalen Funktion der Börse ist eine Frage von allerernstester Bedeutung. Auch alle diejenigen, die der Börsengesetzgebung zugestimmt haben, haben Veranlassung, in eine eingehende Erörterung einzutreten, wie dies Gesetz gewirkt hat. Eine der größten Ursachen der Schwächung der Börse ist die Konzentration des Bankiergeschäfts. Bei uns haben die großen Banken eine Uebermacht an der Börse wie nirgends sonst in der Welt. Grundsätzlich stehe ich auf dem Boden des Börsengesetzes. Ich habe insbesondere auch die Ziele des Verbots des Terminhandels beim Erlaß des Börsengesetzes für vollkommen gerechtfertigt gehalten. Diese Ziele waren der Schutz des Privatpublikums gegen die Ausbeutung durch die Börse, die Entziehung der Industrie- und Montanaktien vom Terminhandel. Die Spekulation ist aber nicht eingeschränkt worden. Man glaubte, eine Warnungstafel aufzustellen, daß die Börse ein gefährliches Feld für die Privatspekulation sei. Das Privatpublikum hat aber diese Warnungstafel verkannt und als Wegweiser angesehen. In welchem Maße sich die Spekulation seit dem Verbote des Terminhandels in Montan- und Industriepapieren auf das Kassageschäft geworfen hat, lehrt die Tatsache, daß von 1896 bis 1900 der spekulative Verkehr in Montan- und Industrieowerten im Kassageschäft sich um das 200fache, also um 20.000 Prozent vermehrt hat. (Hört, hört! links.) Man hat also das Ziel, das man erreichen wollte, nicht erreicht, die Spekulation ist geblieben. Man hat sie nur auf das Kassageschäft gedrängt. Viele Papiere, in denen früher nicht spekuliert wurde, sind jetzt in die Spekulation einbezogen. Was man also mit dem Verbot des Terminhandels erreichen wollte, ist in keiner Weise erreicht worden. Es fragt sich: soll man das Verbot ohne weiteres aufheben, oder ist es möglich, an die Stelle des untauglichen Mittels ein taugliches zu setzen? Man muß aber verlangen, daß, wenn sich der Gesetzgeber geirrt hat, wenn es sich herausstellt, daß ein Mittel versagt hat, möglichst bald diese verfehlte Maßnahme wieder gutgemacht wird, bevor ein größerer Schade entsteht, und diesen Fehler sobald wie möglich durch die Aufhebung des Verbots des Terminhandels in Montan- und Industriepapieren beseitigt wird.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 20. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Schluß 4 Uhr 40 Min.

Deutscher Reichstag

37. Sitzung vom 19. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Krätke.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Etatsberatung, Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, Titel Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. **Zubeil** (soz.):

befürwortet die Errichtung einer Postanstalt in Johannistal bei Berlin, wo sich jetzt nur eine Postagentur in einem schlecht beleuchteten Wirtshause befindet, und bringt eine Reihe von Wünschen der Posthilfsboten zur Sprache.

Abg. **v. Gerlach** (fos. d. fr. Vg.):

Wir sind in den letzten Wochen soviele Beschwerden von Postbeamten zugegangen, daß ich eine Obstruktionsrede halten müßte, wollte ich sie alle zur Sprache bringen. Obstruktionsreden halte ich aber für bessere Zwecke zurück. (Zuruf.) Ich bin eben anderer Ansicht als Sie, Herr Erzberger! Die Beschwerden kommen aus zwei Kreisen, einmal aus der untersten Beamtenklasse, die 72 Mark Wohnungsgeld bekommt. Diese Leute sind vor allem im Osten, im äußersten Deutschland zu finden. (Zurufe rechts: Sie sind ja auch von dort her!) Ja, aber sind ich habe mich emanzipiert. (Zuruf rechts: Wir wollten Sie nicht haben.) Sie haben genug Anstrengungen gemacht, mich zu halten, aber vergeblich. Die 72 Mark Wohnungszuschuß sind 1873 ausgesetzt worden, seitdem haben sich aber die Verhältnisse ganz bedeutend geändert. Was die Unterbeamten aber besonders aufregt, ist der Umstand, daß die Steigerungsverhältnisse bei den oberen Beamten prozentual günstiger sind. Diese Ungleichheit müßte die Regierung aus der Welt schaffen. Die Unterbeamten haben das Gefühl, daß die Interessen der höheren, gut bezahlten Beamten der Verwaltung näher liegen als die der schlecht bezahlten Beamten. Der zweite Beschwerdepunkt betrifft die Entschädigung für den Nachtdienst. Hier sind wir alle einig, von Herrn Dröscher bis Herrn Singer über Herrn Gröbers Haupt hinweg. Nur der Herr Staatssekretär befindet sich in einer „Isolation", von der er selbst nicht behaupten wird, daß sie splendid ist. Warum gibt man keine besondere Entschädigung? Viel Unwillen hervorgerufen hat die Besetzung der gehobenen Stellen. Man glaubt in den beteiligten Kreisen, es werde nach Gunst verfahren. Diese Anfälle, dieses Gefühl der Beamten sollte die Verwaltung nicht unterschätzen oder gar übersehen. Die Besetzung scheint mir recht planlos vorgenommen zu werden. Ueber die Dienstzeit könnte man unendlich lange reden. Wir werden bei dem Spezialtitel Gelegenheit dazu finden. Ich habe das Material vom hiesigen Briefpostamt C 2, dem größten Postamt des Reiches. Die Minimaldienstzeit von 60 Stunden habe ich in den Dienststundentabellen überhaupt nicht gefunden; die Dienstzeit umfaßt 62½, 63¾, 64, 65 Stunden u. s. w. Gerade die Postbeamten dieses Amtes können wegen der Mietshöhe nicht bei dem Amte wohnen. In anderen Staaten können die Beamten den Weg zur Wohnung und zum Amte umsonst mit der Straßenbahn zurücklegen. Warum können wir in Preußen nicht, was in Bayern möglich ist? „Preußen in Deutschland voran!" ist ein schönes Wort für eine Festrede. Aber in der Verwaltung ist nichts davon zu finden. Nun zu dem sogenannten Koalitionsrecht der Postunterbeamten! Der Staatssekretär erklärte, für ihn sei diese Frage erledigt, weil Herr Singer als mein Fürsprecher aufgetreten sei; ich hatte das Gefühl, Herr Singer sei als Ankläger der Regierung aufgetreten. Wenn Graf Limburg-Stirum in einer Versammlung der Postbeamten die Vorteile der Getreidezollerhöhungen auseinandersetzen wollte, und die Versammlung verboten würde, so würde Abg. Singer — so unparteiisch ist er auch — hier die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten vertreten. Mit den Sozialdemokraten kann man nur noch Redakteure der Kreisblätter gruselig machen. Herr Krätke möge sich den Grafen Posadowsky zum Vorbild nehmen, der nimmt das Gute, wo er es bekommt. Die Versammlung, die ich in Berlin abgehalten habe, ist von einem Berliner liberalen Blatt als „demagogisch" bezeichnet worden. (Gemeint ist die „Freisinnige Zeitung".) Auf dieses Urteil darf sich Herr Krätke nicht berufen, denn dieses Blatt bringt Tag für Tag Angriff auf Angriff gegen mich, sodaß ich eine Statistik angelegt habe, die ergibt, daß das Blatt täglich 1¼ bis 1⅓ Angriffe gegen mich schleudert. Vor der Hamburger Versammlung fand ein Telephongespräch zwischen dem Postdirektor und der hiesigen Centralverwaltung statt. Das Ergebnis war das Verbot an die Beamten, meine Versammlungen zu besuchen. Der Erlaß der Postbehörde war ein Verbot, wenn es auch der äußeren Form nach das nicht zu sein schien; denn man weiß, was er heißt, wenn die vorgesetzte Behörde einen „Wunsch" ausspricht. Infolgedessen war meine Versammlung nur von wenigen Beamten besucht. Einige waren freilich doch da, sogar einige höhere Beamte. Für dieses Verbot müssen wohl